

# Die Angst vor FIDLEG, Weissgeldstrategie & Co. ist kaum begründet

VIELE IN DER SCHWEIZ TÄTIGE UNABHÄNGIGE FINANZDIENSTLEISTER BLICKEN ZUR ZEIT ETWAS SORGENVOLL IN DIE ZUKUNFT, WIRD IHNEN DOCH VON ALLEN SEITEN IHR BALDIGES ENDE PROPHEZEIT: SO SOLL INSBESONDERE DAS ENTSTEHENDE FINANZDIENSTLEISTUNGSGESETZ (FIDLEG) EINE FLUT VON NEUEN, KAUM MEHR TRAGBAREN BESTIMMUNGEN MIT SICH BRINGEN. ABER AUCH DIE WEISSGELDSTRATEGIE DES BUNDES SEI EINE BEDROHUNG, DA DIES ZU GROSSEN KAPITALRÜCKFLÜSSEN INS AUSLAND FÜHREN WERDE. UND „LAST BUT NOT LEAST“ WIRD BEHAUPTET, DASS SICH DIE BANKEN ZUNEHMEND REPRESSIV GEGENÜBER DEM PARABANKENSEKTOR VERHIELTEN, UM SO LÄSTIGE KONKURRENZ LOSZUWERDEN. UND NUN? IST DAS SCHICKSAL DER BRANCHE DAMIT BESIEGELT? WOHL KAUM, DENN BEI NÜCHTERNER BETRACHTUNG VERLIEREN DIESE ARGUMENTE VIEL VON IHREM DROHPOTENTIAL.

VON THOMAS BURKHARD

lic. oec. et lic. iur. HSG  
Geschäftsführer FINDLING GREY AG  
[www.findling-grey.ch](http://www.findling-grey.ch)

**B**etrachtet man zunächst die Stossrichtungen des FIDLEG etwas genauer, erkennt man, dass da lauter Sachen angedacht werden, die man auch als Finanzdienstleister gut finden könnte (wie z.B. die Einführung eines „Befähigungsnachweises“) und dass all dies der Branche kaum massive finanzielle Mehrbelastungen bescheren wird. Das, was den meisten rund um die FIDLEG-Diskussionen wirklich Angst macht, ist etwas anderes, nämlich die oft gehörte Behauptung, man müsse aufgrund neuer Unabhängigkeitsvorschriften zukünftig mindestens vier bis fünf Mitarbeiter beschäftigen. Aber auch diese Befürchtung dürfte sich letztendlich als unbegründet erweisen, da die Regulatoren sich der Bedeutung des Parabankensektors für die Schweiz sehr wohl bewusst sind und daher ganz im Sinne des typisch schweizerischen Prinzips der „Verhältnismässigkeit“ nur dort strengere organisatorische Bestimmungen einführen dürften, wo dies auch gerechtfertigt ist. Dies wird wahrscheinlich dort der Fall sein, wo besonders sensible Gelder (wie insbesondere Vorsorgegelder) betreut werden, jedoch kaum bei der klassischen Vermögensverwaltung und Anlageberatung. Von vielen allzu pessimistisch eingeschätzt werden wohl auch die Konsequenzen der Weissgeldstrategie. Die Schweiz war und ist für das internationale Kapital v.a. deshalb attraktiv, weil hier eine hohe Rechtssicherheit herrscht, eine gut entwickelte Finanzinfrastruktur besteht und ein positiv zu verstehendes Diskretionsdenken. Eine solche Umgebung werden Kunden, die zur Steuerehrlichkeit zurückkehren, in ihrem Heimatstaat so leicht nicht finden. Kapitalrückflüsse aufgrund der Weissgeldstrategie dürften damit ein eher kurzfristiges Phänomen



sein, auf längere Sicht könnte die Schweiz von ihrem neuen Image sogar profitieren.

Schliesslich dürfte auch das Bild einer vermeintlich gegen unabhängige Finanzdienstleister gerichteten Bankenrepression nicht der Realität entsprechen. Im Gegenteil: viele schweizerische Depotbanken versuchen derzeit sogar, unabhängige Finanzdienstleister (z.B. mittels eigener Webportale oder über Seminare) für sich zu gewinnen. Es gilt allerdings zu bedenken, dass Banken aufgrund ihrer „Gewährspflicht“ für das Fehlverhalten ihrer Kooperationspartner in die Verantwortung genommen werden können. Dies dürfte zur Folge haben, dass die Aufnahme bzw. Fortführung von solchen Geschäftsbeziehungen von den Banken zukünftig erschwert wird.

Zusammenfassend lässt sich somit festhalten, dass sich unabhängige Finanzdienstleister weder vom FIDLEG noch von der Weissgeldstrategie bedroht zu fühlen brauchen. Im Hinblick auf letzteres sind sie jedoch aufgefordert, ihre Kunden aktiv über die neue Rechtslage zu informieren und Wege in die Legalisierung aufzuzeigen. Ein grösseres Risiko für unabhängig agierende Finanzdienstleister stellt hingegen das Verhalten der Banken ihnen gegenüber dar. Zu diesem Thema sollten sie sich daher laufend bei den betreffenden Depotbanken informieren, um so nicht plötzlich vor einen „fait accompli“ gestellt zu werden. Besonders gefordert werden hier sicherlich die im Hinblick auf die betreuten Vermögenswerte kleineren Akteure sein. Ihnen sei deshalb empfohlen, nicht allzu viele Depotbankbeziehungen zu unterhalten und sich vielleicht auch die Frage zu stellen, ob sie künftig unter dem Dach eines grösseren Vermögensberaters nicht doch besser aufgehoben wären. ■